



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/246

21. Oktober 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zum Ende der Ringsendung in die Sowjetzone	S.1
45.000 Volksdeutsche nach den USA	
- Bericht aus Lake Success -	S.3
Der Volkstod in der Sowjetzone	
- Bericht aus Berlin -	S.4
Einfaches Dienstgebäude für sieben Millionen	S.5

Vernachlässigte Verpflichtungen

J.F.W. Mit dem 20. Oktober ist die Stimme Deutschlands, die über unsere Rundfunksender zur Ostzone sprach, wieder verstummt. Diese tägliche Ringsendung wurde vor fünf Wochen, anlässlich der Scheinwahlen vom 15. Oktober, ins Leben gerufen. Die Verpflichtung zu einem solchen Bekenntnis der Verbundenheit mit unseren Landsleuten unter sowjetischer Herrschaft bestand schon seit jeher. Diese Verpflichtung besteht auch nach Schluss des kommunistischen Wahlschwindels unvermindert weiter. Die Flut von Zuschriften aus Ost und West, die in den letzten Tagen einging, als erkennbar wurde, dass die Sendung "Hier spricht Deutschland" tatsächlich mit dem 20. Oktober enden würde, beweist, wie wichtig gerade diese Sendereihe dem Hörer jenseits der Zonengrenze ist.

Gewiss, auch vor dem Beginn dieser Gemeinschaftssendung sprachen RIAS und NWDR, in geringem Maße auch Stuttgart, zur Ostzone. Alle diese Sendungen, so wertvoll sie im einzelnen waren und noch sind, können den Menschen drüben nicht das Gefühl der Verbindung mit dem ganzen freiheitlichen Deutschland geben, das ihn aus einer Gemeinschaftssendung aller deutschen Sender anspricht. Diese Gewissheit, dass die Sorgen und Nöte der Ostzone uns allen am Herzen liegen, gilt es zu stärken. Allein schon die Ansage einer Ringsendung aller Sender der Bundesrepublik gibt den Hörern in der Ostzone einen inneren Auftrieb, der das beste Mittel ist, das böse Gefühl des Abgeschriebenseins zu überwinden.

Warum wollen unsere Sender dieses Mittel, für dessen Möglichkeiten sie aus ihrem oft betonten Verantwortungsbewusstsein dankbar sein sollten, nicht nutzen? Der gegen die Ringsendungen von Rundfunkleu-

ten vorgebrachte Einwand, dieses freiwillige Gemeinschaftswerk unabhängiger Partner könne die deutschen Sender in den Verdacht bringen, im Dienst einer gelenkten Gegenpropaganda zu stehen, ist zu absurd, als dass er ernsthafter Überlegung bedarf. Andererseits fällt es uns schwer zu glauben, dass die gleichen egoistischen Eifersüchteleien, die die Zusammenarbeit unserer Sender zum Schaden von Programm- und Rundfunkentwicklung immer wieder hemmen, sich selbst in einer so ernsten Frage, wie der der Entscheidung über gemeinsame Ostzonenrundsendungen, auswirken. Die Pflege der deutschen Verbundenheit mit allen wirksamen Mitteln darf nicht an der Hauspolitik der Sender scheitern.

Die Verantwortlichen in den Rundfunkhäusern sollten bedenken, daß nichts die Unabhängigkeit des Rundfunks so stark gefährden muss, wie ein Mißbrauch dieser Selbständigkeit. Die Sender können Verständnis für die Betonung ihrer Unabhängigkeit nur erwarten, wenn sie ihre Hauptverpflichtungen aus eigener Verantwortung erfüllen. Unter diesen Verpflichtungen steht die Verteilung der Schicksalsverbundenheit zwischen unseren Landsleuten in der Sowjetzone und uns hier im Westen an erster Stelle. Das beste Mittel zu ihrer Erfüllung bleiben für den Rundfunk Gemeinschafts- sendungen, wie wir sie bis zum 20. Oktober hörten. Wir erwarten, sie bald im ständigen Programm unserer Sender wiederzufinden.

- - -

Deutsche Journalistengruppe in Frankreich

A.F. Paris, im Oktober

Die französischen Behörden haben 20 deutsche Journalisten aus Rheinland-Pfalz zu einem achttägigen Aufenthalt nach Paris eingeladen. Dieser Reise kommt eine gewisse symbolische Bedeutung zu, denn zum ersten Male wurden offiziell deutsche Journalisten als Gruppe im Aussenministerium empfangen. Aussenminister Schuman hatte ursprünglich die Absicht, an diesem Empfang teilzunehmen, wurde aber dann durch andere Verpflichtungen zeitlich daran gehindert.

Während ihres Aufenthaltes in Paris werden die deutschen Journalisten Gelegenheit haben, sich mit dem französischen Informations-Ministerium, dem Rundfunk sowie mit der Organisation der grossen Zeitungen vertraut zu machen.

- - -

45.000 Volksdeutsche nach den USA

H.St. Lake Success, im Oktober

Vor das Weltforum der UNO kommt auf ihrer gegenwärtigen Tagung zum ersten Mal auch die Frage der deutschen Ostflüchtlinge und Ostvertriebenen, die ja bekanntlich technisch nicht als "Displaced Persons" gelten, und daher auch aus allgemein bekannten Gründen nicht von der Flüchtlings-Hilfsorganisation der UNO (IRO) betreut werden. Mehrfache Vorstöße und Anregungen, die Tätigkeit der IRO doch auf sie auszudehnen, scheiterten stets an den strengen und engen gesetzlichen Bestimmungen; aber es ist trotzdem nicht unmöglich, dass über kurz oder lang darin eine Änderung eintreten wird.

Als im Mai dieses Jahres eine deutsche Bundestagsdelegation Amerika bereiste und auch der UNO einen Besuch abstattete, fragten Mitglieder der Delegation den Assistenten Generalsekretär Trygve Lie's, Andrew Cordier, ob die Frage der deutschen Ostflüchtlinge wohl von der UNO aufgegriffen werden könnte, und Cordier antwortete, dass dies jederzeit geschehen könne, wenn ein Mitgliedsstaat die Frage vorbringen würde. Nun, das ist zwar nicht geschehen, aber die Internationale Flüchtlingsorganisation hat, sehr überraschend und im Gegensatz zu ihrer bisherigen Politik, von sich aus den deutschen Ostflüchtlingen wenigstens ein Hintertürchen geöffnet, durch das ein kleiner Teil von ihnen hindurchschlüpfen kann.

Ein amerikanisches Gesetz, das die Einwanderung von 300.000 "Displaced Persons" nach den USA zulässt, enthält eine Klausel, nach der auch eine Gesamtzahl von 45.000 "Volksdeutschen", also Ostvertriebenen deutscher Sprache, in die USA einwandern dürfen. Die IRO hat sich nunmehr bereit erklärt, die praktischen Fragen der Auswanderung für diese 45.000 Ostflüchtlinge zu übernehmen: die IRO sammelt sie, wählt sie aus, nimmt sie in Auswanderungszentren (vier in Deutschland, eines in Österreich) auf, besorgt ihnen ihre Papiere und sorgt schliesslich und vor allem für ihren Transport nach Amerika mit Hilfe einiger der von der IRO verwalteten und betriebenen Auswanderungsschiffe. Die ganze Aktion wird mit Unterstützung der Regierungen der USA, Westdeutschlands und Österreichs vorgenommen.

Zweifelloos ist die Betreuung und Auswanderung von 45.000 Ostflüchtlingen angesichts der nach Millionen zählenden Gesamtzahl ihrer Schicksalsgefährten nur ein Tropfen auf den heissen Stein - aber als Anfang,

als ersten Schritt und als immerhin bemerkenswerten kleinen Beitrag zur Lösung des Gesamtproblems darf man auch diese Maßnahme schon werten. Die Hoffnung, dass die IRO oder eine andere UNO-Zweigstelle eines Tages einmal das Gesamtproblem anpacken wird, ist zwar immer noch klein, aber nach diesem ersten Schritt darf man sie doch wenigstens als Möglichkeit ins Auge fassen.

- - -

Der Volkstod in der Ostzone

Die "Wahl" hat es an den Tag gebracht

F.T. Berlin, im Oktober

Im Mai 1949, bei der Wahl zum Volkskongress, hatte die Sowjetzone 12 586 000 wahlberechtigte Bewohner. Am 15. Oktober 1950 waren es aber nur noch 12 332 000.

Die Sowjetzone weist somit in knapp 17 Monaten einen Rückgang der wahlberechtigten Bevölkerung um 254 000 aus. Es handelt sich hier um amtliche Zahlen. In diesem Rückgang spiegelt sich die volle Tragödie wider, der die Bewohner dieses Gebietes gegenüberstehen. Bei normaler Entwicklung hätte die Zahl der Wahlberechtigten steigen müssen. Allein der Zuwachs an Neuwählern bei Beibehaltung des gleichen Wahlalters ist erfahrungsgemäss grösser als der Abgang durch Todesfälle. Die ganze Tragik des Rückganges wird aber erst klar, wenn alle Nebenumstände berücksichtigt werden.

Im Mai 1949 war das Wahlalter mit 21 Jahren festgesetzt. Für die jetzige "Wahl" aber wurde bereits den 18-Jährigen das aktive Wahlrecht zuerkannt. Drei volle jüngere Jahrgänge kamen also zusätzlich zu den Wahlberechtigten von 1949. Seit dem Mai 1949 sind aber ausserdem Zehntausende von Kriegsgefangenen heimgekehrt, sind von Polen und Tschechen weitere Deutsche aus den deutschen Ostgebieten transferiert worden, wurden die ehemaligen Nationalsozialisten, denen früher das Wahlrecht aberkannt war, jetzt zur Wahlurne gelassen und auch aus den Konzentrationslagern wurde eine nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen in Freiheit gesetzt, die alle diesmal wahlberechtigt waren.

Wohl ist in diesen $\frac{1}{2}$ Jahren eine wahre Menschenflut aus der Ostzone in die Deutsche Bundesrepublik abgeflossen. Trotzdem aber bleibt bestehen, dass in der Sowjetzone in den genannten 17 Monaten einige hunderttausend Menschen einfach verloren gegangen sind, die entweder in den Konzentrationslagern und Gefängnissen umgekommen sind, nach der Sowjetunion deportiert wurden oder an Tuberkulose und Hungerödemen starben. Vor allem die Tuberkulose in der Sowjetzone und fordert täglich Opfer.

- - -

Einfaches Dienstgebäude für sieben Millionen

Vorerst noch kein Postministerium

sp. Das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen sitzt, abgesehen von einem kleinen Verbindungsstab, nach wie vor in Frankfurt, weil es in Bonn noch keinen Platz gefunden hat. Um aber die Übersiedlung nach Bonn vorzubereiten, erwarb die Bundespost zunächst für mehrere 100.000 Mark ein Grundstück an der Koblenzer Strasse, Bonns neuer Regierungstrasse. Hier sollte, wie vom Postministerium bestätigt wird, für sieben Millionen D-Mark ein einfaches Dienstgebäude errichtet werden, zu dem der Bundeskanzler bereits seine Zustimmung gegeben hat. Da vorauszu- sehen war, dass der Finanzminister ebensowenig wie der Bundestag eine so hohe Summe für ein Verwaltungsgebäude bewilligen würde, wurde auch nichts in den neuen Haushalt eingesetzt. Wohl aber entschloss sich die Bundespost, aus ihrem Sondervermögen dieses "einfache Dienstgebäude" zu errichten. Um aber auf alle Fälle gedeckt zu sein, versuchte der Bundespostminister, sich die Zustimmung des Haushaltsausschusses zu sichern. Der Haushaltsausschuss hat aber in seiner letzten Sitzung eine solche Zustimmung abgelehnt und erklärt, dass es sich hier, zumal bei einem so hohen Betrag, um eine politische Entscheidung handle, die er zu fällen nicht in der Lage sei, die vielmehr ^{nur} vom Bundestag allein entschieden werden könne. Nun kann die Bundespost an Bonn's schöner Regierungstrasse noch kein einfaches Dienstgebäude mit Rheinterrasse und Dachgarten errichten, sondern muss erst die Entscheidung des Bundestags abwarten. Da der Bundestag aber sparen will und sparen muss, ist es noch durchaus ungewiss, wie diese Entscheidung ausfallen wird.

- - -

Irrtum um ein Jahr

In der Ausgabe des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" vom 27.9.50 war in einem Artikel "Gross-Appell der Windkunde" auf einen Rundbrief Bezug genommen, der an ehemalige Angehörige eines Trüppenteiles, den Graf Schwerin führte, gerichtet war.

Das Büro des Grafen Schwerin im Bundeskanzleramt hat uns überzeugend nachgewiesen, dass bei dem Zitat insofern ein Irrtum unterlaufen ist, als der Brief nicht am 16.9.50, sondern am 16.9.49 geschrieben wurde.

Wir bedauern dieses Versehen, durch das, wie es in der Bitte um Berichtigung heisst, auf die Angelegenheit dieses Rundbriefes "ein etwas irrtümliches Licht" geworfen worden sei. Die Redaktion

- - -